

Stadt Heidelberg
Dezernat III, Amt für Soziales und Senioren

Prüfung der Einrichtung eines Seniorenrates

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien
beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 22. April 2009

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Kenntnis genommen	Handzeichen
Sozialausschuss	26.03.2009	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Gemeinderat	21.04.2009	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	

Inhalt der Information:

Der Sozialausschuss und der Gemeinderat nehmen die Information zur Kenntnis.

Sitzung des Sozialausschusses vom 26.03.2009

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Sozialausschusses vom 26.03.2009

1.2 ö Prüfung der Einrichtung eines Seniorenrates

Informationsvorlage 0039/2009/IV

Herr Dr. Rott berichtet, dass er das Thema „Seniorenvertretung/Seniorenrat“ aus 2 Perspektiven betrachte; zum einen aus wissenschaftlich gerontologischer Sicht und zum anderen als Mitglied des Landesseniorenrates.

Sein Anliegen sei, dass die soziale Teilhabe und die Autonomie von älteren Menschen gewährleistet sei.

Aufgabe der Stadt sei es nach seiner Ansicht, dafür die Strukturen zu schaffen, was auf unterschiedliche Weise (Seniorenrat, Seniorenbeauftragte in den Stadtteilen, Gründung eines Vereins) möglich sei.

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Gund, Stadtrat Cofie-Nunoo, Stadtrat Breer, Stadträtin Dr. Greven-Aschoff, Stadträtin Bock, Stadträtin Vogel, Stadtrat Weirich, Stadtrat Nimis, Stadtrat Rehm, Frau Farrenkopf

Nach eingehender Diskussion einigte man sich auf folgende Vorgehensweise:

Der Sozialausschuss empfiehlt, in einem ersten Schritt zu klären, welche möglichen Aufgabenfelder/Aufgabengebiete eine Seniorenvertretung (Seniorenrat, Seniorenbeauftragte) überhaupt hätte.

Es wurde vorgeschlagen, dass der Arbeitskreis, der auch die Evaluation der Seniorenzentren begleitet hat, beauftragt wird, ein Anforderungsprofil für eine Seniorenvertretung im Rahmen der Heidelberger Möglichkeiten und Strukturen unter Berücksichtigung der bereits vorhandenen Angebote zu formulieren und Vorschläge zu unterbreiten, wie dieses zukunftsorientiert weiterentwickelt werden kann.

Die Ergebnisse sollen daran anschließend in den Bezirksbeiräten diskutiert und wieder in die gemeinderätlichen Gremien zur politischen Entscheidungsfindung eingebracht werden.

gez.
Dr. Joachim Gerner
Bürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Sitzung des Gemeinderates vom 21.04.2009

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 21.04.2009:

20.1 **Prüfung der Einrichtung eines Seniorenrates**
Informationsvorlage 0039/2009/IV

Oberbürgermeister Dr. Würzner weist auf den Arbeitsauftrag aus dem Sozialausschuss vom 26.03.2009 hin.

Unter dieser Maßgabe wird der Tagesordnungspunkt zur Kenntnis genommen.

gez.

Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

I. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziele:
QU 3	+	Bürger/innenbeteiligung und Dialogkultur fördern
SOZ 3	+	Solidarität und Eigeninitiative, Selbsthilfe und BE fördern

Begründung:
Mit der Einrichtung eines Seniorenrates haben ältere Menschen noch mehr die Möglichkeit sich für ihre Belange einzusetzen, gehört zu werden und für sich und andere auf Verbesserungen hinzuarbeiten. Dabei haben sie das gesellschaftliche Wohl und ihre Bedürfnisse im Auge und sind bereit sich selbst einzubringen und zu engagieren.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Heidelberg hat sich schon sehr früh der Thematik mit und um Ältere zugewandt. Bereits 1988 wurde das Altenstrukturkonzept im GR verabschiedet, was zu vielen Maßnahmen geführt hat, die ständig weiterentwickelt wurden. Beim Amt für Soziales und Senioren gibt es, was bundesweit seinesgleichen sucht, einen gesonderten Fachbereich, der sich um die Belange Älterer kümmert. Vieles von dem, was Seniorenräte in anderen Städten tun wurde hier bereits umgesetzt, die Erfordernisse, die sich aus dem gesellschaftlichen und demographischen Wandel ergeben, in einem eigenen Kapitel im STEP 2015 manifestiert. Es ist darauf zu achten keine Doppelstrukturen aufzubauen.



II. Begründung:

Am 26. November 2008 bat die CDU-Fraktion den Tagesordnungspunkt „Prüfung einer Einrichtung eines Seniorenrates unter folgenden Aspekten aufzunehmen:

- a) Darstellung der möglichen Aufgaben eines Seniorenrats wie in Mannheim oder Stuttgart
- b) Zuziehung eines Sachverständigen: Herrn Dr. Christoph Rott, Institut für Gerontologie der Universität Heidelberg, Mitglied des Landesseniorenrats.
 - a. Bericht der Verwaltung
 - b. Diskussion und Aussprache

Begründung war, dass Heidelberg die einzige Großstadt in Baden-Württemberg ohne Seniorenrat sei. Die Demographische Entwicklung spreche für eine Einbeziehung der älteren Generation in die Kommunale Meinungsbildung.

I. Hintergrund:

In Baden Württemberg engagieren sich zur Zeit in 40 Stadt- und Landkreisen und in über 80 Städten und Gemeinden Seniorenräte. Die Förderung dieser Arbeit ist in die Freiwilligkeit der Kommune gestellt.

Seniorenräte entstehen in der Regel (in mehr als 90% der Fälle) als freiwillige Zusammenschlüsse älterer Menschen in Form von Arbeitsgemeinschaften und eingetragenen Vereinen; manchmal auch durch Beschluss des Gemeinderats.

Seniorenräte sind unabhängig, parteipolitisch neutral und konfessionell ungebunden.

Die kommunalen Landesverbände und der Landesseniorenrat haben Empfehlungen zu der **Zielsetzung und den Aufgaben** eines Seniorenrates erstellt. Die Wesentlichsten sind im Folgenden zusammengefasst:

Seniorenräte sind eine wichtige Form des Bürgerschaftlichen Engagement, in dem ältere Menschen jenseits der Berufsphase (in d.R. ab 65) ihre Interessen einbringen und Mitwirkungsmöglichkeiten bei kommunalpolitischen Prozessen haben.

Sie setzen sich dafür ein, dass die Lebenschancen der Älteren und die Zukunftschancen Jüngerer nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sie sehen ihren Auftrag auch darin, den Dialog mit anderen Generationen zu suchen.

Sie stellen die Probleme Älterer dar und arbeiten an deren Lösung mit, sie sollen demnach Organe des Erfahrungsaustauschs, der Meinungsbildung und der Vernetzung sein.

Seniorenräte sehen sich als Partner und beraten bzw. unterbreiten Vorschläge in Bezug auf seniorenpolitische Fragestellungen. Vor allem soll es um die Gestaltung der Lebensräume für alle Generationen und die Mitwirkung in Bezug auf ihre Belange gehen.

Themenfelder sind:

- Sozialwesen und Gesundheit
- Stadtentwicklung und Verkehr
- Bauplanerisches Gestalten und Wohnen
- Bildung und Kultur

Seniorenräte verstehen sich als Ansprechpartner für alle ältere Menschen und alle Kulturen, sie bieten darüber hinaus Leistungen für alle Generationen, die sonst nicht erbracht werden könnten (z.B. Beratung zu Vorsorge und Patientenverfügung, Mitarbeit in Heimbeiräten, bei der Kinder- und Hausaufgabenbetreuung ...)

In Mannheim gibt es seit 1990 einen Seniorenrat. Dieser ist ein eingetragener Verein, der von Mannheimer Bürgerinnen und Bürgern initiiert und gegründet wurde. In städtischen Gremien ist er nicht vertreten. Der Seniorenrat ist ausschließlich für Interessen und Anliegen älterer Menschen zuständig. Mitglieder des Vereins sind neben den engagierten Seniorinnen und Senioren auch Organisationen und Verbände, die entsprechende Anliegen in der Öffentlichkeit und bei der Stadtverwaltung zur Sprache bringen. In erster Linie wird zu Themen der Pflege, des Wohnens, der Betreuung und Vorsorge beraten, es gibt eine Hobbybörse und darüber hinaus stellt der Seniorenrat bei Problemen Kontakte zu kirchlichen und städtischen Institutionen und Gremien her. Darüber hinaus wird regelmäßig ein Wegweiser und Kulturführer für ältere Bürgerinnen und Bürger herausgegeben.

Auch in Stuttgart gibt es seit vielen Jahren einen Stadtseniorenrat (e.V.), der ebenfalls von Bürgerinnen und Bürgern initiiert und gegründet wurde. Er setzt sich aus Interessierten, Delegierten der Stadtteile und VertreterInnen der Heimbeiräte zusammen. Ihm ist die Beschwerde- und Anlaufstelle zu Konfliktsituationen in der Altenpflege angegliedert, die mit zwei Halbtagsstellen von der Stadt Stuttgart bezuschusst wird. Darüber hinaus wird zu Vorsorgemöglichkeiten im Betreuungsrecht beraten, Themen der Gesundheitsversorgung - und je nach Anregung - des Wohnens, des Verkehrs, der Grundsicherung und Sicherheit im Alter aufgenommen. Mindestens 2x jährlich organisiert der Seniorenrat eine Informationsveranstaltung zu altersspezifischen Fragestellungen. In städtischen Gremien ist er nicht vertreten.

II. Situation in Heidelberg

Abteilung Senioren und soziale Dienste

- Bereits 1986 hat die Stadt Heidelberg ganz bewusst einen professionellen Ansatz gewählt und einen **Aufgabenbereich** beim damaligen Sozial- und Jugendamt installiert, der sich fachlich kompetent mit dem demographischen Wandel und der Lebenswelt älterer Menschen auseinandersetzt.
Die Zielsetzung und damit verbundene Aufgabenstellung war und ist, Interessenvertreter für Seniorinnen und Senioren zu sein, den Herausforderungen einer sich stark verändernden Gesellschaft gerecht zu werden, Engagement- und Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen, Teilhabemöglichkeiten zu eröffnen, die Selbst- und Eigenständigkeit zu fördern und die Menschen dabei zu unterstützen, längstmöglich im vertrauten Umfeld leben zu können. Es wurden eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen, Projekte entwickelt und Initiativen in die Wege geleitet.
- Zunächst wurde ein **Sozialatlas** für Heidelberg erstellt, der die Infrastruktur der einzelnen Stadtteile aufzeigte und Aussagen zu der Nahversorgung, den Seniorenaktivitäten, der Barrierefreiheit u.a.m. machte
- Er war die Grundlage für die Entwicklung des **Altenstrukturkonzepts**, das der Gemeinderat im Jahr 1988 verabschiedete. Dieses wiederum war die inhaltliche Basis zur Schaffung der Seniorenzentren in den einzelnen Stadtteilen.
Seit 1990 gibt es die **Heidelberger Seniorenzentren**, die nach und nach in 10 Heidelberger Stadtteilen entstanden. 2007/2008 wurden sie mit hervorragendem Ergebnis das zweite Mal evaluiert, sie bieten in großem Umfang niedrigschwellige Informationen und Beratung, sowie Dienstleistungen für eingeschränkt mobile Menschen direkt vor Ort. Darüber hinaus steht und fällt deren Angebot mit dem Einsatz von Ehrenamtlichen. Die Angebote sollen dazu dienen, dass neue Kontakte und Netzwerke entstehen und die Menschen längstmöglich in ihrem gewohnten Umfeld bleiben können. In der Regel geht das Ganze mit Betreutem Wohnen einher. Es werden Angebote, die die Gesundheit, die Selbständigkeit, die sozialen Integration und den Lebenssinn fördern, vorgehalten. Damit finden sich die wesentlichsten Elemente, die für ein gutes Altern von großer Bedeutung sind, in der Arbeit wieder.
- Nach Teilnahme am Bundesmodell zum Thema: „Selbständig Wohnen im Alter“ wurde beim Amt für Soziales und Senioren der „Wohnservice für Ältere“ eingerichtet, der 2006 als „**Wohnberatungsstelle**“ für alle Bürgerinnen und Bürger zum Technischen Bürgeramt übergang. Ein Beratungsschwerpunkt ist das Bauen im privaten und öffentlichen Raum.
- Eine weitere **Aufgabenstellung der Abteilung**, ist, sich für die Belange der älteren Bevölkerung bei städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen wie z.B. der Bahnstadt oder bei Neu- und Umbauten einzusetzen und die Sozialplanung für ältere Menschen (z.B. Pflegebedarfsplanung) weiterzuentwickeln.
- Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit erfolgt eine umfassende Information durch Berichte, Broschüren, Infoblätter und Flyer (z.B. Bericht „Älter werden in HD“, Wegweiser für Ältere, Demenzratgeber, Vorsorgemappe, Wohnen im Alter und bei Behinderung, Schlaganfallwegweiser....)
- Das Sachgebiet **aktive Senioren** arbeitet stadtteilbezogen und stadtteilübergreifend, widmet sich spezifischen Themen wie z.B. „Mehr Bewegung lebenslang“, „Älter werden in der neuen Heimat“, Projekt Paten-Om(p)as oder intergenerationellen Fragestellungen und initiiert Projekte, um weitere zukunfts- und richtungsweisende Erkenntnisse für die Arbeit zu bekommen.
- Die seit 1995 bestehende **IAV-Stelle** hat sich in Fragen der ambulanten, teilstationären und stationären Versorgung zum starken Partner für Betroffenen, Angehörige, Kliniken, Ärzte und Institutionen entwickelt. Maßgebliche Aspekte der für die Pflegestützpunkte entwickelten Eckpfeiler sind bei der IAV-Stelle schon seit Jahren umgesetzt. Seit vielen Jahren gibt sie den Wegweiser für ältere Menschen in Heidelberg heraus.
- Die **Betreuungsbehörde** der Stadt Heidelberg ist äußerst aktiv im Bereich der Vorsorgevollmachten, die gesetzliche Betreuungen verhindern. Sie wirbt und betreut ehrenamtliche und Berufsbetreuer, arbeitet mit Betreuungsträgern zusammen, beurkundet Vorsorgevollmachten und berät und informiert bei Veranstaltungen, in Firmen und Institutionen.

Akademie für Ältere

- Sie gibt es in Heidelberg seit 1984 mit ca. 4000 Mitgliedern. Sie versteht sich nicht nur als selbst organisierte Bildungseinrichtung für ältere Menschen, die in vielfältiger Weise Aktivitäten anbietet, sondern auch als Interessenvertretung der älteren Generation. So wurde vor einigen Jahren die „Karte ab 60“ durch ihre Initiative erst möglich.

Beirat für Menschen mit Behinderung

- Im letzten Jahr wurde der Beirat für Menschen mit Behinderung installiert. Er widmet sich Themen der Teilhabe von behinderten Menschen, der städtebaulichen Entwicklung, hat weitgehendste Barrierefreiheit im Focus und kämpft für die Mobilität von eingeschränkten Menschen. Damit deckt er auch die diesbzgl. Bedürfnisse Älterer ab. 2002 wurde ein Antrag der SPD für Seniorenbeauftragte in den einzelnen Stadtteilen, um sich diesen Themen gezielt zu widmen, vom Gemeinderat mehrheitlich abgelehnt.

Freiwilligenbörse

- Die Freiwilligenbörse hat sich bei dem Bundesmodell „Alter schafft Neues“ beworben. Sie möchte mit finanzieller Unterstützung des Bundes ein Projekt erproben, in dem es darum geht mit Firmen zu kooperieren. Mit älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die in absehbarer Zeit in Rente gehen, sollen Ideen, Projekte, Maßnahmen für ein Bürgerschaftliches Engagement am Ende der Berufsphase oder beim Übergang in die Rente entwickelt werden. So sollen weiterführende Erkenntnisse zu Engagementformen und –wünschen erkannt und später umgesetzt werden. Dies klingt vielversprechend und wird sicher von allen Beteiligten als Bereicherung empfunden.

Fazit:

Die vorstehenden Darlegungen machen deutlich, dass der demographische Wandel bzw. ältere Menschen ein zentrales Thema der Heidelberger Sozialpolitik ist bzw. sind. Bundesweit findet man kaum solch professionelle Strukturen mit derart differenzierten Themenschwerpunkten. Bewertet man die Arbeit der Seniorenräte in anderen Städten und Gemeinden, die sich laut der kommunalen Landesverbände und des Landesseniorenrats hauptsächlich in den Bereichen Beratungs- und Betreuungsangebote, bei der Mitwirkung am gesellschaftlichen Zusammenleben und bei Angeboten zum Mitmachen engagieren, finden sich in unserer täglichen Praxis **real keine Defizite**.

Es lässt sich auch nicht von der Hand weisen, dass die Belange älterer Menschen nicht nur durch die spezifische Aufgabenstellung des Amtes für Soziales und Senioren wahrgenommen, sondern in den städtischen Gremien, im Vergleich zu den Belangen von Kindern und Jugendlichen unmittelbarer vertreten werden können.

Die Verwaltung sieht daher keine Notwendigkeit für ein weiteres städtisches bzw. durch die Verwaltung initiiertes Gremium oder die Installation eines oder mehrerer Seniorenbeauftragten.

Unabhängig davon bleibt es den Seniorinnen und Senioren unbenommen, sich in einer Arbeitsgemeinschaft oder in einem Verein zu einer Interessengemeinschaft zusammenzuschließen. (So geschehen bei nahezu allen örtlichen Seniorenräten in Baden-Württemberg)

Angesichts der Breite der bereits abgedeckten Tätigkeitsfelder sollte bei der Formulierung der Vereinsziele und Aufgabenstellung darauf geachtet werden, dass keine Parallel- bzw. Doppelstrukturen zu den kommunalen Aktivitäten entstehen.

gez.

Dr. Eckart Würzner